

# newsletter

## verbraucherpolitik eu aktuell

### Inhaltsverzeichnis

Allgemeine EU-Verbraucherpolitik	1
Bauen / Energie / Umwelt / Verkehr	2
Finanzdienstleistungen	4
Gesundheit / Ernährung	4
Telekommunikation / Medien / Internet	7
Wirtschaftsfragen / Wettbewerb	7
Terminvorschau	8

## Allgemeine EU-Verbraucherpolitik

### 1. Jean-Claude Juncker präzisiert Schwerpunkte der künftigen EU-Kommission

Der designierte Präsident der neuen EU-Kommission, Jean-Claude Juncker, hat die Aufträge für alle künftigen EU-Kommissionsmitglieder in individuellen Schreiben präzisiert. Jedem einzelnen Mitglied wurde mitgeteilt, was von ihm im Schwerpunkt erwartet wird.

Der für Justiz und Verbraucherschutz zuständigen Kommissarin Věra Jourová obliegt die Wahrung der Rechtsstaatlichkeit, die Einhaltung der Grundrechte und eine Stärkung der europäischen Verbraucherpolitik. Ein besonders wichtiges Vorhaben in ihrem Bereich ist der Abschluss der Datenschutzreform einschließlich eines Abkommens mit den USA.

Der designierte deutsche Kommissar Günther Oettinger, zuständig für „Digitale Wirtschaft und Gesellschaft“, wird das Thema der Modernisierung des Urheberrechts bearbeiten, welches er im Lichte der digitalen Revolution und des veränderten Verbraucherverhaltens zügig überarbeiten soll.

Bei dem für Finanzdienstleistungen zuständigen Kommissar Jonathan Hill wird ausdrücklich her-

vorgehoben, dass bei der Regulierung von Finanzdienstleistungen die Bedürfnisse von Verbrauchern zu berücksichtigen sind. In Abstimmung mit dem Vizepräsidenten für den Bereich „Digitaler Binnenmarkt“, Andrus Ansip, und mit Kommissar Oettinger soll Hill ferner digitale Zahlungen erleichtern, um Online-Käufe zu fördern.

Der für Gesundheit und Lebensmittelsicherheit zuständige Kommissar Vytenis Andriukaitis muss sicherstellen, dass die Europäische Union für Krisensituationen bei der Nahrungsmittelsicherheit und bei Epidemien gewappnet ist. In den ersten sechs Monaten seiner Amtszeit hat er den Entscheidungsprozess hinsichtlich genetisch veränderter Organismen zu überprüfen.

In der Zeit vom 29. September 2014 bis 7. Oktober 2014 müssen sich alle designierten Kommissare des bereits gewählten Kommissionspräsidenten (Jean-Claude Juncker) Anhörungen im Europäischen Parlament stellen. Drei Stunden wird jedes Mitglied von den zuständigen Ausschüssen befragt. Die Anhörungen können per Live-Stream auf der Webseite des Europäischen Parlaments verfolgt werden. Am 22. Oktober 2014 wird das Europäische Parlament abstimmen, ob es die gesamte Kommission billigt. Am 1. November 2014 könnte die neue EU-Kommission dann ihre Arbeit aufnehmen.

[http://ec.europa.eu/about/juncker-commission/mission/index\\_en.htm](http://ec.europa.eu/about/juncker-commission/mission/index_en.htm)

*verbraucherpolitik eu aktuell erscheint alle zwei Wochen. Der Newsletter gibt Ihnen einen Überblick über aktuelle Termine und relevante verbraucherpolitische Aktivitäten und Vorhaben in der Gesetzgebung der EU.*

*Berichtszeitraum  
15. bis 28. September 2014*

### Impressum

*Verbraucherzentrale Bundesverband e.V.  
Markgrafenstraße 66  
10969 Berlin*

*Referentin Internationales  
Maren Osterloh M.A.  
eu-internationales@vzbv.de*

*Anregungen zum Newsletter nehmen wir gerne entgegen.*

<http://www.europarl.europa.eu/news/de/newsroom/content/20140925STO70401/html/EPhearings2014-Startschuss-f%C3%BCr-Anh%C3%B6rungen-mit-designierten-Kommissaren>

## 2. Durchsetzung der Verbraucherschutzgesetze muss verbessert werden

Die italienische Ratspräsidentschaft berichtete im EU-Ministerrat für Wettbewerbsfähigkeit (25./26. September 2014) über die Ergebnisse einer hochrangigen Konferenz zum Verbraucherschutz vom 7./8. Juli 2014 in Rom. Die Konferenz befasste sich mit den drei Säulen der europäischen Verbraucherpolitik, nämlich Information, Durchsetzung und Rechtsbehelfe. Die Teilnehmer waren sich einig, dass dem Europäischen Durchsetzungssystem eine fundamentale Rolle zukomme. Eine effektive Durchsetzung der Verbraucherrechte sei unerlässlich, um sowohl das Vertrauen der Verbraucher als auch das der Unternehmen in den Binnenmarkt zu fördern. Wichtig sei auch die Zusammenführung von Verbraucher- und Wettbewerbspolitik.

EU-Verbraucherkommissar Neven Mimica präsentierte den Bericht der EU-Kommission über die Zusammenarbeit zwischen den für die Durchsetzung der Verbraucherschutzgesetze zuständigen nationalen Behörden. Mimica wies darauf hin, dass seit der Einführung dieses Durchsetzungssystems greifbare Erfolge erzielt worden seien. Die EU-Kommission plane aber für das Jahr 2015 eine Überarbeitung der entsprechenden Regelungen. Grundlage werde eine Folgenabschätzung sein. Es gehe insbesondere darum, das System bei grenzüberschreitenden Verstößen gegen Verbraucherrechte zu stärken.

<http://register.consilium.europa.eu/doc/srv?!=EN&f=ST%2013206%202014%20INIT>

<http://register.consilium.europa.eu/doc/srv?!=DE&f=ST%2011589%202014%20INIT>

## 3. Abschluss der Verhandlungen zwischen der Europäischen Union und Kanada

Auf dem EU-Kanada-Gipfel am 26. September 2014 in Ottawa ist der Abschluss der Verhandlungen über das umfassende Wirtschafts- und Handelsabkommen zwischen der EU und Kanada

(CETA) offiziell verkündet worden. Das Abkommen enthält auch Bestimmungen zu Investitionsschutz und zu Schiedsverfahren für Streitigkeiten zwischen einem Staat und einem Investor. Die förmliche Zuleitung des Abkommens an die Vertragsparteien wird voraussichtlich in einem Jahr erfolgen, da der Text noch in alle Amtssprachen der Europäischen Union übersetzt und juristisch überprüft werden muss. Die Bundesregierung geht davon aus, dass auf Seiten der Europäischen Union nicht nur die EU-Institutionen, sondern auch alle 28 Mitgliedstaaten das Abkommen ratifizieren müssen.

Der vzbv hatte am 12. September an die Bundesregierung appelliert, dem Text in dieser Form noch nicht zuzustimmen. Der vzbv kritisiert insbesondere die bevorzugte Behandlung kanadischer Investoren.

<http://www.vzbv.de/13841.htm>

[http://www.consilium.europa.eu/uedocs/cms\\_data/docs/press\\_data/en/ec/144939.pdf](http://www.consilium.europa.eu/uedocs/cms_data/docs/press_data/en/ec/144939.pdf)

<http://www.bundesregierung.de/Content/DE/Artikel/2014/09/2014-09-23-ceta-bmwi-gutachten.html?nn=1245230>

## Bauen / Energie / Umwelt / Verkehr

### 1. Deutschland hat EU-Vorschriften über Elektro- und Elektronik-Altgeräte nicht umgesetzt

Die EU-Kommission rügt, dass Deutschland die EU-Vorschriften über Elektro- und Elektronik-Altgeräte noch nicht in nationales Recht überführt hat. Nach der neuen Richtlinie können Verbraucher kleine E-Müllmengen in großen Einzelhandelsläden abgeben. Die Vorschriften hätten bis 14. Februar 2014 umgesetzt werden müssen. Wenn Deutschland nicht innerhalb von zwei Monaten zufriedenstellend reagiert, kann die EU-Kommission den Europäischen Gerichtshof anrufen.

[http://ec.europa.eu/deutschland/press/pr\\_releases/12707\\_de.htm](http://ec.europa.eu/deutschland/press/pr_releases/12707_de.htm)

## 2. Deutschland muss EU-Recht bei Kältemittel in Autos einhalten

Der Bundesregierung droht eine Klage vor dem Europäischen Gerichtshof wenn sie nicht dagegen vorgeht, dass Daimler weiter das klimaschädliche Kältemittel R134a in Klimaanlage einiger seiner Modelle verwendet. Wenn Deutschland nicht innerhalb von zwei Monaten zur Zufriedenheit der Kommission reagiert, kann diese klagen. Daimler weigert sich, das von der EU-Industrie selbst ausgewählte klimafreundlichere Kältemittel R1234yf zu verwenden. Der Konzern begründet das mit der angeblichen Entflammbarkeit des Mittels.

[http://ec.europa.eu/deutschland/press/pr\\_releases/12705\\_de.htm](http://ec.europa.eu/deutschland/press/pr_releases/12705_de.htm)

## 3. EU-Umweltzeichen für absorbierende Hygieneprodukte

Der EU-Ministerrat erhob am 25. September 2014 keine Einwände gegen den Entwurf eines Beschlusses der EU-Kommission zur Festlegung der Umweltkriterien für die Vergabe des EU-Umweltzeichens für absorbierende Hygieneprodukte. Die EU-Kommission kann diesen Beschluss annehmen, wenn auch das Europäische Parlament keine Einwände erhebt.

<http://register.consilium.europa.eu/doc/srv?l=DE&f=ST%2011824%202014%20ADD%201>

<http://register.consilium.europa.eu/doc/srv?l=DE&f=ST%2011824%202014%20INIT>

## 4. EU-Umweltzeichen für „Rinse-off“-Kosmetikprodukte

Der EU-Ministerrat erhob am 25. September 2014 keine Einwände gegen den Entwurf eines Beschlusses der EU-Kommission zur Festlegung der Umweltkriterien für die Vergabe des EU-Umweltzeichens für „Rinse-off“-Kosmetikprodukte. Die EU-Kommission kann diesen Beschluss annehmen, wenn auch das Europäische Parlament keine Einwände erhebt.

<http://register.consilium.europa.eu/doc/srv?l=DE&f=ST%2012469%202014%20ADD%201>

<http://register.consilium.europa.eu/doc/srv?l=DE&f=ST%2012469%202014%20INIT>

<http://register.consilium.europa.eu/doc/srv?l=DE&f=ST%2012449%202014%20ADD%201>

<http://register.consilium.europa.eu/doc/srv?l=DE&f=ST%2012449%202014%20INIT>

## 5. Fluggesellschaften können Zuschläge für Fluggepäck fordern

Der Europäische Gerichtshof entschied am 18. September 2014, dass Fluggesellschaften aufgegebenes Gepäck gesondert in Rechnung stellen dürfen. Das Urteil erging in einem Verfahren aus Spanien. Die spanischen Rechtsvorschriften untersagen es, Zusatzkosten für die Aufgabe des Gepäcks der Fluggäste zu erheben. Im August 2010 erhöhte die Fluggesellschaft Vueling Airlines den Grundpreis (241,48 Euro) der von einer Verbraucherin online gekauften vier Flugscheine für den Hin- und Rückflug zwischen La Coruña (Spanien) und Amsterdam (Niederlande) wegen der Aufgabe von zwei Gepäckstücken um 40 Euro.

<http://curia.europa.eu/jcms/upload/docs/application/pdf/2014-09/cp140127de.pdf>

<http://curia.europa.eu/juris/document/document.jsf?text=&docid=157849&pageIndex=0&doclang=DE&mode=lst&dir=&occ=first&part=1&cid=38411>

## 6. Einführung des bordeigenen eCall-Systems in Fahrzeugen

Der Ausschuss für Binnenmarkt und Verbraucherschutz des Europäischen Parlaments erteilte am 25. September 2014 seiner Berichtstersterin, der tschechischen Sozialdemokratin Olga Sehnalová, ein Mandat zur Aufnahme von Verhandlungen mit dem EU-Ministerrat über das e-Call-System.

Das Europäische Parlament wünscht, dass das eCall-System ab Oktober 2015 in allen neuen Auto- und Lieferwagenmodellen vorgeschrieben wird. Das bordeigene eCall-Notrufsystem nutzt die einheitliche europäische Notrufnummer 112, um die Rettungsdienste automatisch zu schwe-

ren Verkehrsunfällen zu lotsen. Die Abgeordneten haben die Datenschutzklausel im Gesetzentwurf verschärft, um zu gewährleisten, dass die Fahrzeuge nicht aufgrund der eCall-Technologie ständig verfolgbar sind. Die Abgeordneten fügten hinzu, dass es sich bei dem 112-eCall-Dienst um eine öffentliche Dienstleistung von allgemeinem Interesse handelt, womit er allen Verbrauchern kostenlos zur Verfügung stehen sollte.

Der vzbv zeigt sich bisher noch unzufrieden mit einigen wettbewerbsrechtlichen Aspekten für die Entwicklung des eCalls. Er fordert, eine interoperable, standardisierte, sichere und frei zugängliche Plattform zu schaffen, damit viele Anbieter um das beste System konkurrieren können und Verbraucher Wahlfreiheit bei der Auswahl ihres Systems erhalten.

Der EU-Ministerrat beharrt auf einer Einführungszeit von 36 Monaten ab Inkrafttreten des Rechtsakts.

<http://www.europarl.europa.eu/news/de/newsroom/content/20140224IPR36860/html/Parlament-unterst%C3%BCtzt-lebensrettendes-eCall-System-f%C3%BCr-Autos>

## Finanzdienstleistungen

### 1. EU-Kommission bringt Bankenregulierung zum Abschluss

EU-Binnenmarktkommissar Michel Barnier erklärte am 22. September 2014 im Wirtschaftsausschuss des Europäischen Parlaments, dass die Europäische Union nunmehr eine wirksame Regulierung des Finanzsektors habe.

Noch offen sei die Strukturreform der Banken, die verhindern soll, dass Banken zu groß sind, um abgewickelt zu werden („too big to fail“). Dringend sei auch die Regulierung der Schattenbanken. Wichtig sei außerdem die Einführung langfristiger Investitionsfonds. Ferner müsse das vorgelegte Paket zu Zahlungsdiensten verabschiedet werden.

Es komme jetzt aber vor allem darauf an, die in den vergangenen viereinhalb Jahren verabschiedeten Rechtsakte umzusetzen. Die EU-Kommission werde Anfang Oktober Durchführungsrechtsakte zu den Eigenkapitalregeln für Banken

und Versicherungen vorlegen, welche hochwertigen verbrieften Forderungen eine Vorzugsstellung sichern. Demnächst werde auch der Entwurf einer Regelung für die Beiträge der Banken zum Bankenabwicklungsfonds vorgelegt. Dieser trage der unterschiedlichen Größe und den unterschiedlichen Risiken der Banken Rechnung. Im Jahr 2015 müsse die EU-Kommission schließlich über 175 Durchführungsrechtsakte im Finanzbereich erlassen.

[http://europa.eu/rapid/press-release\\_SPEECH-14-613\\_en.htm?locale=en](http://europa.eu/rapid/press-release_SPEECH-14-613_en.htm?locale=en)

### 2. Weiterhin Risiken im Finanzsystem

Die Europäischen Finanzaufsichtsbehörden EBA (Europäische Bankenaufsichtsbehörde), ESMA (Europäische Wertpapier- und Marktaufsichtsbehörde) und EIOPA (Europäische Aufsichtsbehörde für das Versicherungswesen und die betriebliche Altersversorgung) veröffentlichten am 22. September 2014 ihren Herbstbericht zu den Risiken und Schwachstellen im europäischen Finanzsektor. Risiken ergeben sich insbesondere aus der verstärkten Suche nach Rendite in einem Niedrigzinsumfeld. Schwachstellen gebe es aber auch beim Einsatz der Informationstechnologie.

<http://www.eba.europa.eu/-/eu-supervisory-authorities-update-on-risks-in-eu-financial-system>

[http://www.eba.europa.eu/documents/10180/534414/JC+2014+063+%28Report+on+Risks+and+Vulnerabilities+in+the+EU+Financial+System+Autumn+2014%29\\_for+publication.pdf](http://www.eba.europa.eu/documents/10180/534414/JC+2014+063+%28Report+on+Risks+and+Vulnerabilities+in+the+EU+Financial+System+Autumn+2014%29_for+publication.pdf) (Bericht)

## Gesundheit / Ernährung

### 1. EU-Kommission schränkt Konservierungsstoffe in Körperpflegemitteln ein

Die EU-Kommission hat am 26. September 2014 die Verwendung von Konservierungsmitteln in Körperpflegemitteln bzw. Kosmetika eingeschränkt. „Konservierungsmittel in Kosmetika sind sinnvoll, weil sie dafür sorgen, dass die Produkte, die wir täglich verwenden, frei von Krankheitserregern sind. Wir müssen jedoch sicherstellen, dass die Konservierungsmittel höchstmöglichen Schutz gewähren. Mit diesen Maßnahmen können die Verbraucher sicher sein, dass ihre Kosmetika unbedenklich sind“, sagte

Neven Mimica, EU-Kommissar für Verbraucherpolitik.

Die EU-Kommission begrenzt die Höchstkonzentration von zwei Konservierungsstoffen, Propylparaben und Butylparaben, von derzeit zulässigen 0,4 Prozent bei einzelner Verwendung und 0,8 Prozent bei Verwendung zusammen mit anderen Estern, auf 0,14 Prozent in beiden Fällen. Ihre Verwendung in nicht abzuspülenden Mitteln, die zur Anwendung im Windelbereich von Kindern unter drei Jahren bestimmt sind, ist verboten. Die EU-Kommission verbietet auch die Verwendung der Mischung von Methylchloroisothiazolinone (und) Methylisothiazolinone (MCI/MI) in nicht abzuspülenden Mitteln, wie Körpercreme. Die neuen Vorschriften gelten für Produkte, die nach dem 16. April 2015 in den Handel kommen.

[http://ec.europa.eu/deutschland/press/pr\\_releases/12713\\_de.htm](http://ec.europa.eu/deutschland/press/pr_releases/12713_de.htm)

## 2. Konsultation zur Sicherheit von Dentalamalgam

Die EU-Kommission eröffnete am 9. September 2014 eine bis 16. November 2014 laufende öffentliche Konsultation über die Sicherheit von Dentalamalgam und alternativen Materialien zur Zahnbehandlung für Patienten und Anwender. Der wissenschaftliche Ausschuss für neu auftretende und neu identifizierte Gesundheitsrisiken (SCENIHR) der EU-Kommission stellt in seinem vorläufigen Gutachten dar, dass es derzeit keine Anhaltspunkte gibt, die eine grundsätzliche Verwendung von Amalgam ausschließen. Es sollte allerdings bei der Wahl der Materialien zur Zahnbehandlung auf einzelne Patientenmerkmale geachtet werden, z. B. Schwangerschaft oder Allergien.

[http://ec.europa.eu/health/scientific\\_committees/consultations/public\\_consultations/scenihhr\\_consultation\\_24\\_en.htm](http://ec.europa.eu/health/scientific_committees/consultations/public_consultations/scenihhr_consultation_24_en.htm)

## 3. Werbung für Folsäure, ungesättigte Fettsäuren, Calcium und Vitamin D zulässig

Der EU-Ministerrat erhob am 25. September 2014 keine Einwände gegen den Entwurf von Verordnungen der EU-Kommission zur Zulassung gesundheitsbezogener Angaben über Lebensmittel betreffend die Verringerung eines Krankheitsrisikos.

Zulässig ist die Angabe: „Die ergänzende Aufnahme von Folsäure erhöht bei Schwangeren den Folatspiegel. Ein niedriger Folatspiegel ist bei Schwangeren ein Risikofaktor für die Entstehung von Neuralrohrdefekten beim heranwachsenden Fötus.“

Zulässig ist ferner die Angabe: „Die Verwendung ungesättigter Fettsäuren anstelle gesättigter Fettsäuren in der Ernährung senkt/reduziert nachweislich den Cholesterinspiegel im Blut. Ein hoher Cholesterinwert gehört zu den Risikofaktoren der koronaren Herzerkrankung.“

Zugelassen werden schließlich Hinweise auf die gesundheitsfördernde Wirkung von Calcium und Vitamin D.

Die EU-Kommission kann diese Verordnungen annehmen, wenn auch das Europäische Parlament keine Einwände erhebt.

<http://register.consilium.europa.eu/doc/srv?l=DE&f=ST%2011787%202014%20ADD%201> (Folsäure)

<http://register.consilium.europa.eu/doc/srv?l=DE&f=ST%2011787%202014%20INIT>

<http://register.consilium.europa.eu/doc/srv?l=DE&f=ST%2012140%202014%20ADD%201> (ungesättigte Fettsäuren)

<http://register.consilium.europa.eu/doc/srv?l=DE&f=ST%2012140%202014%20INIT>

<http://register.consilium.europa.eu/doc/srv?l=DE&f=ST%2012284%202014%20ADD%201> (Calcium und Vitamin D)

<http://register.consilium.europa.eu/doc/srv?l=DE&f=ST%2012284%202014%20INIT>

## 4. Abgelehnte gesundheitsbezogene Angaben über Lebensmittel

Der EU-Ministerrat erhob am 25. September 2014 keine Einwände gegen den Entwurf von Verordnungen der EU-Kommission, durch die gesundheitsbezogene Angaben über Lebensmittel abgelehnt werden. Zu den abgelehnten Angaben gehört, dass Zink Mundgeruch verhindert, dass *Lactobacillus rhamnosus* einen normalen Stuhl-

gang während der oralen Behandlung mit Antibiotika gewährleistet und dass eine Kombination aus schwarzem Palmkohl, „dreifarbigem“ Rispen-Mangold, „zweifarbigen“ Spinat und Wirsing zum Schutz von Blutfetten vor oxidativen Schädigungen beiträgt. Die EU-Kommission kann diese Verordnungen annehmen, wenn auch das Europäische Parlament keine Einwände erhebt.

<http://register.consilium.europa.eu/doc/srv?l=DE&f=ST%2012132%202014%20ADD%201>

<http://register.consilium.europa.eu/doc/srv?l=DE&f=ST%2012132%202014%20INIT>

<http://register.consilium.europa.eu/doc/srv?l=DE&f=ST%2012282%202014%20ADD%201>

<http://register.consilium.europa.eu/doc/srv?l=DE&f=ST%2012282%202014%20INIT>

<http://register.consilium.europa.eu/doc/srv?l=DE&f=ST%2012284%202014%20ADD%201>

<http://register.consilium.europa.eu/doc/srv?l=DE&f=ST%2012284%202014%20INIT>

<http://register.consilium.europa.eu/doc/srv?l=DE&f=ST%2012284%202014%20ADD%201>

<http://register.consilium.europa.eu/doc/srv?l=DE&f=ST%2012284%202014%20INIT>

## 5. Neuregelung für Lebensmittelzusatzstoffe

Der EU-Ministerrat erhob am 25. September 2014 keine Einwände gegen den Entwurf von Verordnungen der EU-Kommission hinsichtlich der Verwendung bestimmter Farbstoffe in aromatisiertem gereiftem Käse, hinsichtlich der Verwendung von Diphosphaten (E 450) als Backtriebmittel und Säureregulator in Fertigteigen auf Hefebasis und hinsichtlich der Verwendung von Süßungsmitteln in bestimmten Brotaufstrichen aus Obst oder Gemüse. Die EU-Kommission kann diese Verordnungen annehmen, wenn auch das Europäische Parlament keine Einwände erhebt.

<http://register.consilium.europa.eu/doc/srv?l=DE&f=ST%2012310%202014%20ADD%201>

<http://register.consilium.europa.eu/doc/srv?l=DE&f=ST%2012310%202014%20INIT>

<http://register.consilium.europa.eu/doc/srv?l=DE&f=ST%2012339%202014%20ADD%201>

<http://register.consilium.europa.eu/doc/srv?l=DE&f=ST%2012339%202014%20INIT>

<http://register.consilium.europa.eu/doc/srv?l=DE&f=ST%2012340%202014%20ADD%201>

<http://register.consilium.europa.eu/doc/srv?l=DE&f=ST%2012340%202014%20INIT>

## 6. Ausnahme für geräucherte Fleisch- und Fischwaren

Der EU-Ministerrat erhob am 25. September 2014 keine Einwände gegen den Entwurf einer Verordnung der Kommission in Bezug auf die Höchstgehalte an polyzyklischen aromatischen Kohlenwasserstoffen (PAK) in Fleisch, Fleischzeugnissen, Fisch und Fischereierzeugnissen, die traditionell geräuchert werden. Nach diesem Vorschlag sollen ab 1. September 2014 für drei Jahre die niedrigeren Grenzwerte für PAK nicht gelten. Damit soll verhindert werden, dass diese Erzeugnisse und mit ihnen zahlreiche kleinere und mittlere Unternehmen vom Markt verschwinden. Die EU-Kommission kann diese Verordnung annehmen, wenn auch das Europäische Parlament keine Einwände erhebt.

<http://register.consilium.europa.eu/doc/srv?l=DE&f=ST%2012561%202014%20INIT>

## 7. Neuregelungen bei Aromastoffen

Der EU-Ministerrat erhob am 25. September 2014 keine Einwände gegen den Entwurf einer Verordnung der Kommission im Hinblick auf bestimmte Aromastoffe. Danach sollen acht Stoffe in die Liste der bewerteten (unbedenklichen) Aromastoffe aufgenommen werden. Bei weiteren

Aromastoffen werden die Spezifikationen geändert. Die EU-Kommission kann diese Verordnung annehmen, wenn auch das Europäische Parlament keine Einwände erhebt.

<http://register.consilium.europa.eu/doc/srv?l=DE&f=ST%2012636%202014%20ADD%201>

<http://register.consilium.europa.eu/doc/srv?l=DE&f=ST%2012636%202014%20INIT>

## Telekommunikation / Medien / Internet

### 1. Europaabgeordnete für bessere Integration des digitalen Binnenmarkts

Bei einer Aussprache mit EU-Binnenmarktkommissar Michel Barnier am 16. September 2014 im Europäischen Parlament, forderten die Abgeordneten eine stärkere Integration des digitalen Binnenmarkts. Um die 28 nationalen digitalen Märkte in der Europäischen Union zusammenzubringen, sollten Maßnahmen wie das Ende der Roaming-Entgelte, die Förderung des elektronischen Geschäftsverkehrs, die Gewährleistung eines offenen Zugangs zum Internet, die neutrale Behandlung der Dienstleister sowie ein besserer Datenschutz vorangetrieben werden.

Evelyne Gebhardt (SPD) hob hervor, dass die EU eine vernünftige Politik brauche, die mehr Rechtssicherheit für Verbraucher und Unternehmen bringe. „Ein Tscheche sollte die Möglichkeit haben, Musik in Frankreich zu kaufen“, sagte die tschechische Liberale Dita Charanzova, die bedauerte, dass der digitale Binnenmarkt zwischen den 28 EU-Ländern in vielen Bereichen noch fragmentiert sei. „Netzneutralität und Datenschutz sind noch nicht gewährleistet“, unterstrich der deutsche Grüne Jan Philipp Albrecht.

<http://www.europarl.europa.eu/news/de/newsroom/content/20140915IPR62604/html/Der-digitale-Binnenmarkt-muss-besser-integriert-werden>

### 2. EU-Datenschützer überwachen „Recht auf Vergessen“ im Internet

Die Gruppe der Datenschutzbeauftragten der EU-Mitgliedstaaten hat am 16./17. September 2014 Maßnahmen zur Durchsetzung des Rechts auf Vergessen im Internet beschlossen. Hintergrund sind zahlreiche Beschwerden wegen der Weigerung von Suchmaschinenbetreibern, Links zu löschen. Ein Netzwerk von Kontaktpersonen der Aufsichtsbehörden soll nunmehr Beanstandungen sammeln, auswerten und über eine Datenbank einen internen Nachweis über den Erfolg von Beschwerden liefern. Die Gruppe wird weiterhin überprüfen, ob das Urteil des Europäischen Gerichtshofs im Falle Google beachtet wird. Danach kann Google verpflichtet werden, Verweise auf Webseiten mit sensiblen persönlichen Daten nicht mehr anzuzeigen, wenn diese Daten in Kombination mit dem Namen der betroffenen Person gesucht werden.

[http://ec.europa.eu/justice/data-protection/article-29/press-material/press-release/art29\\_press\\_material/20140918\\_wp29\\_press\\_release\\_97th\\_plenary\\_cjeu\\_google\\_judgment\\_\\_17sept\\_adopted.pdf](http://ec.europa.eu/justice/data-protection/article-29/press-material/press-release/art29_press_material/20140918_wp29_press_release_97th_plenary_cjeu_google_judgment__17sept_adopted.pdf)

## Wirtschaftsfragen / Wettbewerb

### 1. EU-Kommission setzt Google unter Druck

Bei der Vorstellung des Wettbewerbsberichts 2013 berichtete EU-Kommissionsvizepräsident Joaquín Almunia am 22. September 2014 im Wirtschaftsausschuss des Europäischen Parlaments, dass das Verfahren gegen Google fortgesetzt werde. Einige der 20 Beschwerdeführer hätten diesen Sommer solide Argumente gegen eine Einstellung des Verfahrens geliefert. Google sei aufgefordert worden, auf diese Bedenken einzugehen. Wenn dies nicht geschehe, sei ein Verfahren zur Verhängung eines Bußgelds wegen wettbewerbswidrigen Verhaltens die logische Folge. Almunia machte jedoch keine Angaben zum Inhalt der neuen Beschwerdepunkte.

Anzumerken ist, dass Google im laufenden Verfahren vorgeworfen wird, bei den Ergebnissen der Suchmaschine eigene Dienste wie Google Shopping für Einkäufe oder Google Flights für

Flugreisen zu privilegieren. Dadurch missbrauche Google seine Position als Marktführer unter den Suchmaschinen.

[http://europa.eu/rapid/press-release\\_SPEECH-14-615\\_en.htm?locale=en](http://europa.eu/rapid/press-release_SPEECH-14-615_en.htm?locale=en)

## 2. Weiterer Rückgang des Verbrauchervertrauens in Europa

Im September 2014 ist der von der EU-Kommission als Schnellschätzung ermittelte Indikator des Verbrauchervertrauens gegenüber dem Vormonat sowohl in der Europäischen Union (um 1,6 Punkte auf -8,0) als auch im Euroraum (um 1,4 Punkte auf -11,4) weiter gesunken.

[http://europa.eu/rapid/press-release\\_IP-14-1032\\_de.htm](http://europa.eu/rapid/press-release_IP-14-1032_de.htm)

## Terminvorschau

### Rat

#### Rat allgemeine Angelegenheiten (29. September 2014)

Aufbau der Infrastruktur für alternative Kraftstoffe.

#### Ratsarbeitsgruppe „Informationsaustausch und Datenschutz“ (29. September 2014)

Datenschutz-Grundverordnung.

#### Ratsarbeitsgruppe „Finanzdienstleistungen“ (29. September 2014)

Zahlungsdienste; Interbankenentgelte für Kartennutzung.

#### Ratsarbeitsgruppe „Arzneimittel und Medizinprodukte“ (29./30. September 2014)

Medizinprodukte; In-vitro-Diagnostika.

#### Sonderausschuss Landwirtschaft (29. September 2014)

Informations- und Absatzförderungsmaßnahmen für Agrarerzeugnisse im Binnenmarkt und in Drittländern; Sondermaßnahmen zur Unterstützung für Pfirsich- und Nektarinenerzeuger; Sondermaßnahmen für den Sektor Milch und

Milcherzeugnisse in Form einer Verlängerung des Zeitraums der öffentlichen Intervention für Butter und Magermilchpulver im Jahr 2014; Sonderstützungsmaßnahmen für Erzeuger von bestimmtem Obst und Gemüse; Sonderbeihilferegulierung für die private Lagerhaltung von bestimmten Arten von Käse.

#### Ratsarbeitsgruppe „Finanzdienstleistungen“ (30. September 2014)

Meldung und Transparenz von Wertpapierfinanzierungsgeschäften.

#### Ratsarbeitsgruppe „Informationsaustausch und Datenschutz“ (30. September 2014)

Datenschutz-Grundverordnung (Öffentlicher Sektor und Kapitel IX).

#### Ratsarbeitsgruppe „Energie“ (30. September 2014)

Binnenmarkt für Energie.

#### Ratsarbeitsgruppe „Transatlantische Beziehungen“ (30. September 2014)

Debriefing zum EU-Kanada-Gipfel (Ottawa, 26. September 2014).

#### Ratsarbeitsgruppe „Landverkehr“ (30. September 2014)

Öffnung des Schienenpersonenverkehrs.

#### Ausschuss der Ständigen Vertreter (AStV) - 2. Teil (30. September 2014)

Debriefing zum EU-Kanada-Gipfel (Ottawa, 26. September 2014); Datenschutz-Grundverordnung

#### Ratsarbeitsgruppe „Zivilrecht“ (1. Oktober 2014)

Gemeinsames Kaufrecht.

#### Ratsarbeitsgruppe „Finanzdienstleistungen“ (1. Oktober 2014)

Versicherungsvermittlung.

#### Ratsarbeitsgruppe „Verbraucherschutz und –information“ (1. Oktober 2014)

Pauschal- und Bausteinreisen.

**Ratsarbeitsgruppe „Telekommunikation und Informationsgesellschaft“ (1. Oktober 2014)**

Netzwerk- und Informationssicherheit.

**Informelles Treffen der Telekommunikationsminister (2./3. Oktober 2014)**

Die Telekommunikationsminister werden vor allem über eine Weiterentwicklung der Organisation und Regulierung des Internets beraten und dabei nach Wegen suchen, wie die EU dabei international eine stärkere Rolle spielen kann.

**Ratsarbeitsgruppe „Landverkehr“ (2. Oktober 2014)**

Öffnung des Schienenpersonenverkehrs.

**Ratsarbeitsgruppe „Finanzdienstleistungen“ (6. Oktober 2014)**

Referenzzinsen.

**Ausschuss für Handelspolitik - Dienstleistungen und Investitionen (6. Oktober 2014)**

Transatlantisches Handels- und Investitionsabkommen (TTIP).

**Rat Verkehr, Telekommunikation und Energie (8. Oktober 2014)**

Erleichterung des grenzüberschreitenden Austauschs von Informationen über die Straßenverkehrssicherheit gefährdende Verkehrsdelikte; Aussprache über Marktöffnung von Schienenverkehrsdiensten; Verwirklichung des einheitlichen europäischen Luftraums.

**Ratsarbeitsgruppe „Lebensmittelqualität“ (8./9. Oktober 2014)**

Ökologische/biologische Produktion und Kennzeichnung von ökologischen/biologischen Erzeugnissen.

**Ratsarbeitsgruppe „Finanzdienstleistungen“ (8. Oktober 2014)**

Langfristige Investmentfonds (ELTIF).

**Rat Justiz und Inneres (9./10. Oktober 2014)**

Datenschutz-Grundverordnung (Aussprache); Vereinfachung der Annahme bestimmter öffentlicher Urkunden innerhalb der EU.

**Europäisches Parlament**

Die Ausschüsse des Europäischen Parlaments konzentrieren sich in der Zeit vom 29. September 2014 bis zum 9. Oktober 2014 auf die Anhörung der designierten EU-Kommissionsmitglieder.

**Wirtschafts- und Sozialausschuss**

**Fachgruppe Verkehr, Energie, Infrastruktur, Informationsgesellschaft (1. Oktober 2014)**

Stellungnahmen zu „Ein Fahrplan zur Bereitstellung EU-weiter multimodaler Reiseinformations-, -planungs- und Fahrscheinausstellungsdienste“.

**Fachgruppe Landwirtschaft, ländliche Entwicklung, Umweltschutz (2. Oktober 2014)**

Stellungnahme zum „Aktionsplan für die Zukunft der ökologischen Erzeugung in der EU und Verordnung über die ökologische/biologische Produktion und die Kennzeichnung von ökologischen/biologischen Erzeugnissen“; Initiativstellungnahme zu „Schwächen des gegenwärtigen Systems zur Gewährleistung der Lebensmittelsicherheit für die europäischen Bürger“.

**Ausschuss der Regionen**

**Fachkommission für natürliche Ressourcen (3. Oktober 2014)**

Stellungnahmen zum „Paket zur ökologischen Erzeugung“, zu „Mobile Gesundheitsdienstleistungen“ und zu „Wirksame, zugängliche und belastbare Gesundheitssysteme“.

**Plenum (6. bis 8. Oktober 2014)**

Ausführungen von Kommissar Karel De Gucht zur Transatlantischen Handels- und Investitionspartnerschaft – TTIP (vorgesehen.); Stellungnahmen zu: Die Beihilferegelung für die Abgabe von Obst und Gemüse, Bananen und Milch in Bildungseinrichtungen; Maßnahmenpaket für saubere Luft in Europa; Ein Rahmen für die Klima- und Energiepolitik im Zeitraum 2020-2030; und Mobilität in geografisch und demografisch benachteiligten Regionen.

## Europäischer Gerichtshof

### Urteil des Gerichtshofs in der Rechtssache C 268/13 (9. Oktober 2014)

Kostenerstattung bei medizinischer Behandlung im EU-Ausland wenn ihre Erbringung im Inland aufgrund eines vorübergehenden Mangels in Krankeneinrichtungen unmöglich ist.

### Mündliche Verhandlung in den verbundenen Rechtssachen C 226/13, C 245/13., C 247/13 und C 578/13 (15. Oktober 2014)

Zwangsumtausch griechischer Staatsanleihen.

Newsletter verfasst von Dr. Ekkehard Rohrer,  
MPA (Harvard University) – Brüssel

Im Auftrag des Verbraucherzentrale Bundesverbandes (vzbv)